

234003-2026 - Wettbewerb

Deutschland – Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen – VG Ulmen, Kliding - Erweiterung Bürgerhaus Kliding und Umgestaltung Außenanlagen - Objektplanung Gebäude
OJ S 67/2026 07/04/2026
Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung
Dienstleistungen

1. Beschaffer

1.1. Beschaffer

Offizielle Bezeichnung: Ortsgemeinde Kliding

E-Mail: vergabestelle@ikz-zuck.de

Rechtsform des Erwerbers: Lokale Gebietskörperschaft

Tätigkeit des öffentlichen Auftraggebers: Allgemeine öffentliche Verwaltung

2. Verfahren

2.1. Verfahren

Titel: VG Ulmen, Kliding - Erweiterung Bürgerhaus Kliding und Umgestaltung Außenanlagen - Objektplanung Gebäude

Beschreibung: Die Leistungen des Auftragnehmers umfassen die Objektplanung Gebäude gem. Teil 3 Abschnitt 1 HOAI für die Erweiterung des Bürgerhauses in Kliding, Leistungsphasen (LPH) 1-9 (aufgrund von Eigenleistungen des Auftraggebers teilweise nur in Teilen), ergänzt durch die erforderlichen Besonderen Leistungen. Es wird auf den Vertragsentwurf inklusive dessen Anlagen verwiesen, welcher Bestandteil der Vergabeunterlagen ist. Die Beauftragung der Leistungen erfolgt stufenweise (s. Angaben zu den Optionen). Gegenstand dieses Verfahrens sind nur die vorgenannten Leistungen der Objektplanung Gebäude. Die weiteren erforderlichen Planungsleistungen werden gesondert vergeben.

Kennung des Verfahrens: 2dbc9d44-7ff7-4bc6-be07-aa97ab73e2f3

Interne Kennung: 02-10-2025-01/01

Verfahrensart: Offenes Verfahren

Das Verfahren wird beschleunigt: nein

2.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

2.1.2. Erfüllungsort

Stadt: 56825 Kliding

Land, Gliederung (NUTS): Cochem-Zell (DEB1C)

Land: Deutschland

2.1.4. Allgemeine Informationen

Zusätzliche Informationen: #Bekanntmachungs-ID: CXVHY55YT8DZCUGS# 1)

Bietergemeinschaften (BGen) BGen, die sich erst nach der Einreichung des Angebots gebildet haben, werden nicht zugelassen. Mehrfachbewerbungen einzelner Mitglieder einer BG sind unzulässig u. führen zum Ausschluss aller betroffenen BGen. Bei BGen ist nur ein Angebot (Angebotsblatt, ggf. Kalkulationsblätter und Darstellung zu den Zuschlagskriterien) einzureichen. Für jedes Mitglied der BG ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Eignungsbogen einzureichen. Liegt bei einem Mitglied einer BG ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB oder aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. "Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden. Bei BGen sind nur ein Projektleiter und ein Bauleiter zu benennen. Die Leistungsabgrenzung innerhalb der BG ist darzustellen. 2) Eignungsbogen (§ 47 VgV) Beabsichtigt der Bieter im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche u. finanzielle sowie die technische u. berufliche Leistungsfähigkeit die Kapazitäten eines anderen Unternehmens in Anspruch zu nehmen u. erfüllt dieses Unternehmen die entsprechenden Eignungskriterien nicht od. liegt bei diesem Unternehmen ein Ausschlussgrund nach den §§ 123, 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Mitglied ersetzt werden. Für jedes Unternehmen, dessen Kapazitäten in Anspruch genommen werden sollen, ist ein eigener mit den erforderlichen Angaben ausgefüllter Eignungsbogen einzureichen. Zum Nachweis, dass dem Bewerber die erforderlichen Kapazitäten des anderen Unternehmens zur Verfügung stehen, hat er eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieses Unternehmens mit dem Eignungsbogen bzw. dem Angebot vorzulegen. 3) Unteraufträge (§ 36 VgV) Beabsichtigt der Bieter eine Unterauftragsvergabe, so hat der Bieter die Teile des Auftrags, die er an Dritte zu vergeben beabsichtigt, u. - soweit bekannt - die Namen der vorgesehenen Unterauftragnehmer zu benennen. Der Bieter hat mit dem Angebot im Eignungsbogen Angaben zu den vorgesehenen Unterauftragnehmern u. dessen Vertretern sowie Erklärungen zum Vorliegen von Ausschlussgründen zu machen. Liegt bei dem Unterauftragnehmer ein Ausschlussgrund nach § 123 GWB, § 124 GWB od. aufgrund des Bezugs zu Russland i.S.d. Verordnung (EU) 2022/576 vor, so muss dieses Unternehmen ersetzt werden. Zum Nachweis, dass dem Bieter die erforderlichen Mittel der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen, hat er vor Zuschlagserteilung entsprechende Verpflichtungserklärungen vorzulegen. 4) Angebotsunterlagen / Vorlage von Nachweisen, Angaben und Unterlagen Für das Angebot sind die vom Auftraggeber zur Verfügung gestellten Formulare (bzw. anstelle des Eignungsbogens die Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)) zu verwenden und vollständig ausgefüllt, in deutscher Sprache und in Textform (§ 126b BGB) bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen. Eine Unterschrift od. Signatur auf dem Eignungsbogen und dem Angebot sowie auf den geforderten Anlagen ist nicht erforderlich. Es ist jedoch zwingend an den dafür vorgesehenen Stellen der Name der bevollmächtigten, natürlichen Person anzugeben, die für den Bieter die Eigenerklärung abgibt. Mit Angebotsabgabe ist eine Darstellung zu den qualitätsbezogenen Zuschlagskriterien einzureichen, welche Bestandteil des Angebots ist. Die Form der Darstellung ist grds. frei wählbar, es ist jedoch auch hier die Textform erforderlich. Außerdem soll das vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Deckblatt vorangestellt werden. Das Angebot und der Eignungsbogen sind mit allen geforderten Erklärungen und Nachweisen bei der angegebenen Kontaktstelle vollständig elektronisch über den Projektraum zum Verfahren auf dem Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz (VMP RLP) bei der angegebenen Kontaktstelle einzureichen. Die Unterlagen sind ausschließlich im Projektraum im Bereich "Angebote"

hochzuladen. Der Eignungsbogen und das Angebot müssen die geforderten Erklärungen u. Nachweise enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Nicht form- u. fristgerecht od. in Papierform eingereichte Angebote, Eignungsbögen u. Unterlagen bzw. formlose Anträge, die nicht unter Verwendung der Formulare des Auftraggebers bzw. der EEE gestellt werden, werden vom weiteren Vergabeverfahren ausgeschlossen. Für die Erstellung und Einreichung des Angebots sowie der weiteren Erklärungen und Nachweise / Unterlagen werden keine Entschädigungen / Vergütungen gezahlt. 5) Erhalt der Vergabeunterlagen/Aufforderung zur Angebotsabgabe Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich im Projektraum zum Verfahren auf dem Vergabeportal rlp.vergabekommunal.de zur Verfügung gestellt. Diese können dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote heruntergeladen werden u. Nachrichten der Vergabestelle können dort eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB der Vergabepattform. 6) Kommunikation Die Kommunikation erfolgt ausschließlich über den Kommunikationsbereich der Vergabepattform. 7) Ausschreibungsbedingungen / Ausschlussgründe Es ist eine Erklärung abzugeben, ob die in den §§ 123 oder 124 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) genannten Ausschlussgründe vorliegen (einschließlich der Ausschlussgründe nach § 21 des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes, § 98c des Aufenthaltsgesetzes und § 19 des Mindestlohngesetzes). Es dürfen nur solche Bewerber am Wettbewerb teilnehmen und eine Auftragsvergabe ist nur an solche Bieter möglich, bei denen ein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022 /576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) nicht vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung (siehe Eignungsbogen) vorzulegen. 8) Angaben zur Wertung der Angebote - Zuschlagskriterien Der Zuschlag wird nach Maßgabe des § 127 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt. Maßgebende Bewertungs-/Zuschlagskriterien sind: 1.0 Personalkonzept, Organisation und Koordination im ausgeschriebenen Projekt, Wichtung: 20,0 v.H. 2.0 Angaben zur Arbeitsweise im Hinblick auf die zu vergebende Leistung und zur konzeptionellen Vorgehensweise, Wichtung: 30,0 v.H. 3.0 Honorar, Wichtung 50,0 v.H. Im Weiteren wird auf die Aufforderung zur Angebotsabgabe sowie auf die Bewertungsmatrix Zuschlagskriterien verwiesen, welche in den Vergabeunterlagen enthalten ist.

Rechtsgrundlage:

Richtlinie 2014/24/EU

vgv -

2.1.6. Ausschlussgründe

Quellen der Ausschlussgründe: Bekanntmachung

Verstoß gegen die in den rein innerstaatlichen Ausschlussgründen verankerten Verpflichtungen:

Beteiligung an einer kriminellen Vereinigung:

Terroristische Straftaten oder Straftaten im Zusammenhang mit terroristischen Aktivitäten:

Geldwäsche oder Terrorismusfinanzierung:

Betrug:

Korruption:

Kinderarbeit und andere Formen des Menschenhandels:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Steuern:

Verstoß gegen die Verpflichtung zur Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen:

Verstoß gegen umweltrechtliche Verpflichtungen:

Verstoß gegen sozialrechtliche Verpflichtungen:
Verstoß gegen arbeitsrechtliche Verpflichtungen:
Zahlungsunfähigkeit:
Verwaltung der Vermögenswerte durch einen Insolvenzverwalter:
Einstellung der gewerblichen Tätigkeit:
Der Zahlungsunfähigkeit vergleichbare Lage gemäß nationaler Rechtsvorschriften:
Schwerwiegendes berufliches Fehlverhalten:
Vereinbarungen mit anderen Wirtschaftsteilnehmern zur Verzerrung des Wettbewerbs:
Interessenkonflikt aufgrund seiner Teilnahme an dem Vergabeverfahren:
Direkte oder indirekte Beteiligung an der Vorbereitung des Vergabeverfahrens:
Vorzeitige Beendigung, Schadensersatz oder andere vergleichbare Sanktionen:
Täuschung, Zurückhaltung von Informationen, Unfähigkeit zur Vorlage erforderlicher Unterlagen oder Erlangung vertraulicher Informationen zu dem Verfahren:

5. Los

5.1. Los: LOT-0001

Titel: VG Ulmen, Kliding - Erweiterung Bürgerhaus Kliding und Umgestaltung Außenanlagen - Objektplanung Gebäude

Beschreibung: 1. AUSGANGSSITUATION Die Ortsgemeinde Kliding plant die Erweiterung des bestehenden Bürgerhauses. Ziel ist es, das Gebäude funktional zu verbessern, barrierefrei auszubauen und die Außenanlagen neu zu gestalten. Der bestehende, stark sanierungsbedürftige Toilettentrakt sowie die Pausenhofüberdachung sind rückzubauen, um Platz für einen neuen Erweiterungsbau zu schaffen. Dieser soll alle erforderlichen Räumlichkeiten enthalten. Das bestehende Bürgerhaus (ohne Toilettenanlage) ist von der Maßnahme nicht betroffen. Es sind lediglich kleinere Anpassungsarbeiten an der Bestandsfassade im Übergangsbereich zum Neubau geplant. Der bisher genutzte, jedoch nicht barrierefreie Saal im Obergeschoss des Gebäudes soll zukünftig nicht mehr verwendet werden. Im Zuge der Maßnahme wird auch der Außenbereich des Bürgerhauses einer umfangreichen Sanierung und Neugestaltung unterzogen. Hier ist z.B. eine Stützmauer zum angrenzenden Nachbar abgängig und muss ersetzt werden. 2. PROJEKTUMFANG UND MAßNAHMEN 2.1 Abbrucharbeiten - Rückbau des bestehenden Toilettentrakts. - Abbruch der vorhandenen Pausenhofüberdachung - Abbruch der vorhandenen Schwarzdecke - Abbruch der umlaufenden Stützmauer aus Beton - Rückbau der bestehenden Entwässerungsrinnen, Abläufe und zugehöriger Leitungen. 2.2 Erweiterungsbau - Neue Nutzungseinheit Der Anbau soll ebenerdig und vollständig barrierefrei errichtet werden und folgende Nutzungsbereiche umfassen: - Neue Toilettenanlage, einschließlich eines barrierefreien WCs - Küche mit einer Nutzfläche von ca. 25 m². - Nebenraum der Küche mit ca. 10-15 m² Nutzfläche - Stuhllager zur Unterbringung von Tischen und ca. 150 Stühlen - Großer Saal mit einer Nutzfläche von ca. 175 m² - Großer Fenstertürenbereich mit hoher Transparenz zum Innenhof zur Verbesserung der Belichtung und Öffnung des Saals - Dachform: optional Pultdach oder Flachdach (im Rahmen der Planung zu prüfen) 2.3 Nutzungsausschluss des alten Saals im Obergeschoss Der Saal im Obergeschoss des Bestandsgebäudes soll nicht weiter genutzt werden. Er ist funktional in die Planung des neuen Nutzungskonzepts einzubeziehen (z. B. Fragen der Erschließung, Brandschutzanpassungen, mögliche Umnutzung oder Stilllegung). 2.4 Neugestaltung der Außenanlagen Die Außenanlagen sollen funktional, barrierefrei und optisch ansprechend neugestaltet werden. Folgende Maßnahmen sind geplant: - Neuerrichtung der Stützmauer mittels Winkelstützwänden - Erneuerung der Oberflächenentwässerung einschließlich Hofabläufen und Drainageleitungen - Herstellung einer Hoffläche aus versickerungsfähigem Pflaster - Pflanzung von bis zu zwei Bäumen mit dazugehörigen

Sitzmöglichkeiten - Errichtung einer Einfriedung und Absturzsicherung aus Doppelstabmattenzaun mit einer Höhe von ca. 1,50 m - Herstellung einer seitlichen Zufahrt sowie eines Abstellplatzes für einen Getränkeanhänger

3. ZIELSETZUNG DER PLANUNG

Die Planungsleistungen sollen eine funktionale, nachhaltige und wirtschaftliche Lösung sicherstellen. Wichtige Planungsziele sind: - Verbesserung der Barrierefreiheit - Optimierte Nutzung der Räumlichkeiten für Veranstaltungen und Vereinsaktivitäten - Harmonische Einbindung des Neubaus und der Außenanlagen in den Bestand. Es soll ein ganzheitliches Entwurfskonzept erarbeitet werden, so dass Bestandsgebäude, Erweiterungsbau und Außenanlagen eine Einheit mit abgestimmter Formensprache und Funktionalitäten erhalten. - Langlebige, pflegearme und versickerungsfähige sowie attraktive Gestaltung der Außenflächen. - Berücksichtigung aller relevanten Normen und Anforderungen (insbesondere Barrierefreiheit, Brandschutz, DIN-Normen, kommunale Vorgaben).

4. BESONDERE HINWEISE

- Die Gemeinde strebt eine wirtschaftliche Bauweise mit hoher Dauerhaftigkeit an. - Variantenuntersuchungen sind erwünscht (z. B. Dachform, Material der Fassaden, Entwässerungskonzept). Es soll ein Förderantrag aus dem I-Stock auf Basis der vom AN zu erstellenden Entwurfsplanung und Kostenberechnung gestellt werden. Für den Bauablauf stellt der Auftraggeber folgende Anforderungen in zeitlicher Hinsicht: Die Planungsleistungen bis Leistungsphase 3 (Entwurfsplanung einschließlich der Kostenberechnung) müssen bis zum 30.09.2026 vollständig erbracht sein. Der Fördermittelantrag wird anschließend auf Grundlage der zuvor erstellten Unterlagen durch die VG Ulmen bearbeitet und muss bis spätestens zum 15.10.2026 bei der Kreisverwaltung Cochem-Zell eingereicht werden. In der Regel beläuft sich die Bearbeitungszeit des Antrages auf ca. 6 Monate. Sofern dem Antrag stattgegeben und einer Förderung zugestimmt wird, ist mit einer Fortführung der weiteren Planungsleistungen zwischen Anfang bis Mitte 2027 zu rechnen. Aufgrund der Nichteinschätzbarkeit der Bearbeitungsdauer des Förderantrages und des Bauantrages können die Termine für weitere Leistungen erst mit Beauftragung dieser weiteren Leistungen einvernehmlich festgelegt werden. Es wird derzeit von einer Gesamtprojektlaufzeit von ca. 36 Monaten ausgegangen. Das Planungshonorar für den Abbruch der bestehenden Toilettenanlage und der Pausenhofüberdachung ist Bestandteil des Leistungsbildes Gebäude und Innenräume und wurde bereits in den anrechenbaren Kosten für die Gebäudeplanung angemessen berücksichtigt. Es wird daher nicht gesondert vergütet. Der Aufwand für das Anfertigen von Bestandsaufmassen der Außenanlagen (Freianlagen) und des alten Bürgerhauses (Gebäude und Innenräume) wird im Rahmen der angebotenen besonderen Leistungen abgerechnet. Das Aufmaß des alten Bürgerhauses dient u.a. der Darstellungen des Gesamtkomplexes im Kontext der Neubauplanung sowie der Digitalisierung des Gebäudebestandes. Der Auftraggeber führt wegen Überschreitung des maßgeblichen Schwellenwertes bei Addition der geschätzten Auftragsvolumina der Planungsleistungen ein EU-weites Vergabeverfahren durch. Die weiteren für die Erweiterung des Bürgerhauses und die Umgestaltung der Außenanlagen erforderlichen Planungsleistungen werden gesondert vergeben.

Interne Kennung: 02-10-2025-01/01

5.1.1. Zweck

Art des Auftrags: Dienstleistungen

Haupteinstufung (cpv): 71240000 Dienstleistungen von Architektur- und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen

Zusätzliche Einstufung (cpv): 71000000 Dienstleistungen von Architektur-, Konstruktions- und Ingenieurbüros und Prüfstellen, 71200000 Dienstleistungen von Architekturbüros, 71221000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Gebäuden, 71222000 Dienstleistungen von Architekturbüros bei Freianlagen

Optionen:

Beschreibung der Optionen: Der Auftraggeber behält sich die stufenweise Beauftragung der einzelnen Leistungen vor. Die in den einzelnen Leistungsstufen zu erbringenden Grundleistungen gliedern sich wie folgt: Leistungsstufe 1: LPH 1-3 Leistungsstufe 2: LPH 4 Leistungsstufe 3: LPH 5-7 Leistungsstufe 4: LPH 8-9 Mit Vertragsschluss werden zunächst nur die Leistungen der Leistungsstufe 1 (Grundleistungen und die in den beauftragten Leistungsphasen erforderliche Besonderen Leistungen) beauftragt. Die weiteren Leistungsstufen werden nach Bedarf ganz oder in Teilen beauftragt/abgerufen. Ein Rechtsanspruch auf die Übertragung der Leistungen besteht nicht. Es wird auf den Vertragsentwurf verwiesen, welcher Bestandteil der Vergabeunterlagen ist.

5.1.2. Erfüllungsort

Stadt: 56825 Kliding

Land, Gliederung (NUTS): Cochem-Zell (DEB1C)

Land: Deutschland

5.1.3. Geschätzte Dauer

Andere Laufzeit: Unbekannt

5.1.6. Allgemeine Informationen

Vorbehaltene Teilnahme:

Teilnahme ist nicht vorbehalten.

Die Namen und beruflichen Qualifikationen des zur Auftragsausführung eingesetzten Personals sind anzugeben: Erforderlich für das Angebot

Auftragsvergabeprojekt nicht aus EU-Mitteln finanziert

Die Beschaffung fällt unter das Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen: ja

Diese Auftragsvergabe ist auch für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) geeignet: ja

Zusätzliche Informationen: #Besonders auch geeignet für:freelance#, #Besonders auch

geeignet für:selbst#, #Besonders auch geeignet für:startup# 1) ANGEBOTSSABGABE UND

VORLAGE VON UNTERLAGEN Das Angebot ist mit allen geforderten Unterlagen

(Erklärungen und Nachweisen) bei der angegebenen Kontaktstelle vollständig elektronisch

über das Vergabeportal einzureichen. Die Abgabe des Angebotes in elektronischer Form ist

nur mit dem cosinex Desktop-Bietertool oder alternativ rein webbasiert (direkt über den

Browser ohne Nutzung des Bietertools) im Bereich "Angebote" möglich. Eine detaillierte

Anleitung zur Abgabe von Angeboten finden Sie unter: <https://csx.de/JiViu>. Zur Abgabe über

das Bietertool finden Sie außerdem eine "Schritt für Schritt"-Anleitung auf der Website der

Zentralen Vergabestelle ZUCK unter: <https://ikz-zuck.de/infos-fuer-bieter/>. Weitere

Informationen, insbesondere Hilfestellungen bei technischen Problemen, finden Sie unter

<https://support.cosinex.de/unternehmen/>. Das Angebot muss alle geforderten Unterlagen

enthalten. Die Angaben sind wahrheitsgemäß zu machen. Änderungen des Bieters an seinen

Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind

unzulässig. Nicht form- u. fristgerecht eingereichte Angebote werden vom weiteren

Vergabeverfahren ausgeschlossen. Mit Angebotsabgabe ist eine Darstellung zu den

qualitätsbezogenen Zuschlagskriterien einzureichen, welche Bestandteil des Angebots ist. Die

Form der Darstellung ist grds. frei wählbar, es ist jedoch auch hier die Textform erforderlich.

Außerdem soll das vom Auftraggeber zur Verfügung gestellte Deckblatt vorangestellt werden.

Für die Erstellung und Einreichung des Angebots sowie der weiteren Unterlagen werden keine

Entschädigungen / Vergütungen gezahlt. 2) ERHALT DER VERGABEUNTERLAGEN /

AUFFORDERUNG ZUR ANGEBOTSSABGABE Die Vergabeunterlagen werden ausschließlich

über das Vergabeportal im Projektraum zum Verfahren zur Verfügung gestellt. Diese können

dort kostenlos bis zum Schlusstermin für den Eingang der Angebote heruntergeladen werden

und Nachrichten der Vergabestelle können dort eingesehen werden. Es gelten hierfür die AGB des Vergabeportals. 3) KOMMUNIKATION Die Kommunikation im Vergabeverfahren erfolgt ausschließlich über die Vergabeplattform. Fragen zum Vergabeverfahren können daher ausschließlich über das Kommunikationstool des Projektraums gestellt werden. Zum Versenden von Nachrichten sind die Registrierung und Bestätigung der Teilnahme am Verfahren erforderlich. 4) INFORMATION ZUM WETTBEWERBSREGISTER Der Auftraggeber ist gemäß §99 GWB öffentlicher Auftraggeber und somit gesetzlich verpflichtet, ab einer Auftragssumme von 30.000 EUR netto über den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erfolgen soll, eine Auskunft aus dem Wettbewerbsregister nach § 6 Abs. 1 S. 1 des Wettbewerbsregistergesetzes einzuholen. 5) INFORMATION ZU RÜGEOBLIEGENHEITEN UND NACHPRÜFUNGSVERFAHREN Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, 1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen. Es gelten die Bewerbungsbedingungen, welche in den Vergabeunterlagen enthalten sind.

5.1.7. Strategische Auftragsvergabe

Ziel der strategischen Auftragsvergabe: Keine strategische Beschaffung

5.1.9. Eignungskriterien

Quellen der Auswahlkriterien: Bekanntmachung

Kriterium: Eintragung in das Handelsregister

Beschreibung des Auswahlkriteriums: aktueller Auszug aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister (Mit dem Angebot; Mittels Dritterklärung): Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- und Handelsregister Der Bieter hat eine Erklärung zur Eintragung in einem Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister abzugeben. Ein aktueller Auszug aus dem einschlägigen Berufs-, Handels- oder Partnerschaftsregister einzureichen oder in Ermangelung eines solchen, eine aktuelle Bescheinigung einer Gerichts- oder Verwaltungsbehörde des Ursprungs- oder Herkunftslandes vorzulegen, sofern die Gesellschaftsform dies erfordert.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Eignung zur Berufsausübung - Angaben zu einem besonderen Berufsstand - Teilnahmeberechtigt sind nach § 75 VgV natürliche Personen, die nach dem für die Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt sind, die Berufsbezeichnung Architekt oder Ingenieur zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden UND eine Bauvorlageberechtigung nach § 64 Abs. 2 LBauO Rheinland-Pfalz besitzen. Ein entsprechender NACHWEIS ist vorzulegen. Juristische Personen oder Bietergemeinschaften sind teilnahmeberechtigt, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen nennen, der die vorgenannten Anforderungen erfüllt. Auswärtige Bieter mit der Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum erfüllen die fachliche Voraussetzung für ihre Bewerbung/ihr

Angebot, wenn ihre Berechtigung zur Führung der benannten Berufsbezeichnung nach der Richtlinie 2005/36/EG über die Anerkennung von Berufsqualifikationen, geändert durch die Richtlinie 2013/55/EU, gewährleistet ist. Sofern die Anerkennung der Berufsqualifikation nicht in der vorgenannten Richtlinie geregelt ist, muss eine Bescheinigung einer autorisierte Stelle über die Anerkennung in Deutschland vorgelegt werden. Für Personen, die in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder einem nach dem Recht der Europäischen Gemeinschaften gleichgestellten Staat niedergelassen und dort bauvorlageberechtigt sind, gilt § 64 Abs. 3 bis 5 LBauO Rheinland-Pfalz.

Kriterium: Berufliche Risikohaftpflichtversicherung

Beschreibung des Auswahlkriteriums: wirtschaftliche Leistungsfähigkeit -

Berufshaftpflichtversicherung - Als Mindeststandards werden gefordert:

Berufshaftpflichtversicherung des Auftragnehmers / der ARGE für alle beauftragten

Leistungen mit einer Deckungssumme von mind. 1,5 Mio. EUR für Personenschäden und von

mind. 1,0 Mio. EUR für sonstige Schäden und einer mindestens 2-fachen Maximierung bei

einem, in einem Mitgliedsstaat der EU oder eines Vertragsstaates des Abkommens über den

Europäischen Wirtschaftsraum zugelassenen Versicherungsunternehmens oder

Kreditversicherers. Bei einer Bietergemeinschaft bzw. ARGE muss der Versicherungsschutz

eine gesamtschuldnerische Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner

Mitglieder der ARGE abdecken. Als NACHWEIS ist mit dem Angebot vorzulegen: Eine

aktuelle Versicherungsbestätigung über das Bestehen einer Berufshaftpflichtversicherung mit

dem geforderten Versicherungsschutz oder alternativ eine schriftliche Erklärung der

Versicherung nicht älter als zwei Monate, den geforderten Versicherungsschutz im Auftragsfall

zur Verfügung zu stellen. Der Auftragnehmer / die ARGE muss eine

Berufshaftpflichtversicherung während der gesamten Vertragszeit unterhalten und ist

verpflichtet dem AG jährlich eine aktuelle Versicherungsbescheinigung vorzulegen. Er/Sie hat

zu gewährleisten, dass zur Deckung eines Schadens aus dem Vertrag Versicherungsschutz in

Höhe der im Vertrag genannten Deckungssummen besteht. In jedem Fall ist der Nachweis zu

erbringen, dass die Maximierung der Ersatzleistungen pro Versicherungsjahr bzw. für alle

Versicherungsfälle bei dem Projekt mindestens das Zweifache der Deckungssummen beträgt.

Bei einer Bietergemeinschaft / ARGE muss der Versicherungsschutz bzw. die

Versicherungserklärung auf die ARGE ausgestellt sein und eine gesamtschuldnerische

Haftung auch für Schäden im Verantwortungsbereich einzelner Mitglieder der ARGE

bestätigen. Alternativ kann eine Versicherungsbestätigung über den geforderten

Versicherungsschutz von allen ARGE-Mitgliedern vorgelegt werden, wenn und soweit gerade

auch die Tätigkeit in einer ARGE mit Haftung für die gesamte ARGE, auch für die

Leistungsbereiche der weiteren ARGE-Mitglieder, mitversichert ist; aus der Bescheinigung

muss eindeutig hervorgehen, dass diese Tätigkeit in einer ARGE mit Außenhaftung für die

gesamte ARGE, auch für die Leistungsbereiche der weiteren ARGE-Mitglieder, enthalten ist.

Kriterium: Relevante Bildungs- und Berufsqualifikationen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit -

Berufsqualifikation der technischen Fach- und Führungskräfte - Die nachfolgend im Einzelnen

aufgeführten technischen Fach- und Führungskräfte (Definition Führungskraft: Eine Person,

die Leitungsfunktion und Führungsverantwortung hat. Hierzu zählen u.a. auch Projektleiter,

Bauleiter und deren Stellvertreter.) namentlich und mit beruflicher Qualifikation anzugeben: -

der Projektleiter und dessen Stellvertreter - der Bauleiter und dessen Stellvertreter.

Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen (Anlage zum Eignungsbogen)

zur Verfügung gestellt. Die in den Mindeststandards geforderten beruflichen Qualifikationen

sind durch Einreichung entsprechender Studien- und/oder Ausbildungsnachweise (Urkunden,

Zertifikate oder entsprechendes) zu belegen. Als Mindeststandards werden gefordert: Der PROJEKTLEITER muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl. Ing. Univ./TU/FH bzw. Bachelor oder Master) im Fachbereich Architektur oder Bauingenieurwesen (Hochbau) und eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren in der genannten Fachrichtung nach Studienabschluss nachweisen. Der BAULEITER muss eine abgeschlossene Hochschulausbildung (Dipl. Ing. Univ./TU/FH bzw. Bachelor oder Master) im Fachbereich Architektur oder Bauingenieurwesen (Hochbau) oder eine abgeschlossene Ausbildung als staatlich geprüfter/anerkannter Techniker oder Meister und eine Berufserfahrung von mind. 5 Jahren in der genannten Fachrichtung nach Studienabschluss bzw. Ausbildungsabschluss nachweisen, davon mind. 3 Jahre in der Bauleitung (Baustellenpraxis).

Kriterium: Referenzen zu bestimmten Dienstleistungen

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Referenzen - Für den Bieter (Unternehmen/Büro)/die Bietergemeinschaft, den Projektleiter und den Bauleiter sind aussagekräftige projektbezogene Referenzunterlagen über früher ausgeführte Dienstleistungsaufträge einzureichen. Entsprechende Formblätter werden mit den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt. Es werden alle Referenzen über einschlägige Dienstleistungsaufträge berücksichtigt, welche im zugelassenen Referenzzeitraum liegen und die geforderten Mindeststandards erfüllen. Zu den Referenzprojekten sind folgende Angaben über ein Projektdatenblatt abzugeben: a) Kurzbezeichnung der Referenz / der Baumaßnahme, b) Auftraggeber mit Name, Anschrift und Kontaktdaten, c) Art der Maßnahme (Neubau oder Erweiterungsbau), d) Gebäudeart, e) Schwierigkeitsgrad der Baumaßnahme (Honorarzone), f) erbrachte Leistungsphasen, g) Zeitraum der Leistungserbringung (von/bis), Abschluss der LPH 8 sowie der Fertigstellung und der Inbetriebnahme des Gebäudes/Gebäudeteils, h) Kurze und aussagekräftige Beschreibung der Baumaßnahme und der durchgeführten Maßnahmen im Bereich Objektplanung Gebäude. Für die Referenzprojekte gelten folgende MINDESTANFORDERUNGEN: 1. Bieter (Unternehmen/Büro): Mind. 1 Referenz über die Planung, Vorbereitung der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 2-6 und 8 gem. § 34 HOAI) für den Neu- oder Erweiterungsbau eines öffentlich zugänglichen Gebäudes/Gebäudeteils mit Anforderungen, die denen des ausgeschriebenen Objekts vergleichbar sind (z.B. Bürger-/Gemeindehäuser, Schulen, Kindergärten, Mehrzweckhallen, Verkaufs-, Gast- oder Beherbergungsstätten, Funktionsbauten oder vergleichbar), mit einem Schwierigkeitsgrad von mind. Honorarzone III. Zugelassener Referenzzeitraum: Abschluss der LPH 8 nach dem 31.12.2020 und Fertigstellung oder Inbetriebnahme des Gebäudes/Gebäudeteils bis zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist. 2. Projektleiter Mind. 1 persönliche Referenz über die Planung, Vorbereitung der Vergabe und Objektüberwachung (LPH 2-6 und 8 gem. § 34 HOAI) für den Neu- oder Erweiterungsbau eines öffentlich zugänglichen Gebäudes/Gebäudeteils mit Anforderungen, die denen des ausgeschriebenen Objekts vergleichbar sind (z.B. Bürger-/Gemeindehäuser, Schulen, Kindergärten, Mehrzweckhallen, Verkaufs-, Gast- oder Beherbergungsstätten, Funktionsbauten oder vergleichbar), mit einem Schwierigkeitsgrad von mind. Honorarzone III. Zugelassener Referenzzeitraum: Abschluss der LPH 8 nach dem 31.12.2020 und Fertigstellung oder Inbetriebnahme des Gebäudes/Gebäudeteils bis zum Zeitpunkt des Ablaufs der Angebotsfrist. 3. Bauleiter Mind. 1 persönliche Referenz über die Objektüberwachung (LPH 8 gem. § 34 HOAI) für den Neu- oder Erweiterungsbau eines öffentlich zugänglichen Gebäudes/Gebäudeteils mit Anforderungen, die denen des ausgeschriebenen Objekts vergleichbar sind (z.B. Bürger-/Gemeindehäuser, Schulen, Kindergärten, Mehrzweckhallen, Verkaufs-, Gast- oder Beherbergungsstätten, Funktionsbauten oder vergleichbar), mit einem Schwierigkeitsgrad von mind. Honorarzone III. Zugelassener Referenzzeitraum: Abschluss der LPH 8 nach dem 31.12.2020 und Fertigstellung oder Inbetriebnahme des Gebäudes/Gebäudeteils bis zum Zeitpunkt des

Ablaufs der Angebotsfrist. Die Referenzen müssen dem benannten Bieter/Unternehmen bzw. Projektleiter bzw. Bauleiter eindeutig zuzuordnen sein und jeweils von diesem verantwortlich bearbeitet worden sein. Die Referenzen des Bieters/Unternehmens, des Projektleiters sowie des Bauleiters dürfen identisch sein, wenn Sie die jeweiligen Mindestanforderungen erfüllen. Es ist jedoch für jeden einzelnen das bereitgestellte Formblatt auszufüllen.

Kriterium: Durchschnittliche jährliche Belegschaft

Beschreibung des Auswahlkriteriums: Technische und berufliche Leistungsfähigkeit - Beschäftigtenzahl - Der Bieter hat eine Erklärung abzugeben, aus der die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bieters (inklusive Büroinhaber, ausgenommen Auszubildende und studentische Hilfskräfte) in den letzten drei Jahren ersichtlich ist. Als Mindeststandards werden gefordert: Die durchschnittliche jährliche Beschäftigtenzahl des Bieters (inkl. Büroinhaber/Geschäftsführer, ausgenommen Auszubildende, Praktikanten, freie Mitarbeiter und (studentische) Hilfskräfte) in den letzten drei Jahren muss mind. 2 Beschäftigte betragen.

5.1.11. Auftragsunterlagen

Sprachen, in denen die Auftragsunterlagen offiziell verfügbar sind: Deutsch

Frist für die Anforderung zusätzlicher Informationen: 24/04/2026 23:59:59 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Internetadresse der Auftragsunterlagen: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXVHY55YT8DZCUGS/documents>

Ad-hoc-Kommunikationskanal:

URL: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXVHY55YT8DZCUGS>

5.1.12. Bedingungen für die Auftragsvergabe

Bedingungen für die Einreichung:

Elektronische Einreichung: Erforderlich

Adresse für die Einreichung: <https://rlp.vergabekommunal.de/Satellite/notice/CXVHY55YT8DZCUGS>

Sprachen, in denen Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können: Deutsch

Elektronischer Katalog: Nicht zulässig

Varianten: Nicht zulässig

Die Bieter können mehrere Angebote einreichen: Nicht zulässig

Frist für den Eingang der Angebote: 05/05/2026 00:00:00 (UTC+02:00) Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Dauer, während der das Angebot gültig bleiben muss: 59 Tage

Informationen, die nach Ablauf der Einreichungsfrist ergänzt werden können:

Nach Ermessen des Käufers können alle fehlenden Bieterunterlagen nach Fristablauf nachgereicht werden.

Zusätzliche Informationen: Der Auftraggeber behält sich vor, Unterlagen (Erklärungen und Nachweise) nach Maßgabe des § 56 VgV nachzufordern. Bieterunterlagen, die vom Auftraggeber nach dem Einreichungstermin / Ablauf der Angebotsfrist verlangt werden, sind zu dem vom Auftraggeber bestimmten Zeitpunkt im Projektraum auf dem Vergabemarktplatz Rheinland-Pfalz einzureichen. Werden die nachgeforderten Unterlagen nicht fristgerecht über den Projektraum nachgereicht, wird das Angebot ausgeschlossen.

Auftragsbedingungen:

Die Auftragsausführung muss im Rahmen von Programmen für geschützte

Beschäftigungsverhältnisse erfolgen: Nein

Bedingungen für die Ausführung des Auftrags: Die Teilnahme von Bietergemeinschaften ist unter der Voraussetzung zulässig, dass diese im Auftragsfall die Form einer

Arbeitsgemeinschaft annehmen, einen bevollmächtigten Vertreter bestimmen und sich vertraglich zur gesamtschuldnerischen Haftung verpflichten (s. Eignungsbogen inkl. Anlagen). Es dürfen nur solche Bieter am Wettbewerb teilnehmen und eine Auftragsvergabe ist nur an solche Bieter möglich, bei denen ein Bezug zu Russland im Sinne der "Verordnung (EU) 2022 /576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren" (Artikel 5k) nicht vorliegt. Als Nachweis ist eine entsprechende Eigenerklärung vorzulegen. Ein entsprechendes Formblatt wird in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

Elektronische Rechnungsstellung: Zulässig

Aufträge werden elektronisch erteilt: nein

Zahlungen werden elektronisch geleistet: ja

Von einer Bietergemeinschaft, die den Zuschlag erhält, anzunehmende Rechtsform: Eine Bietergemeinschaft hat im Auftragsfall die Form einer Arbeitsgemeinschaft mit gesamtschuldnerischer Haftung anzunehmen. Ein bevollmächtigter Vertreter ist zu benennen. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung ist mit dem Angebot einzureichen. Ein entsprechendes Formblatt wird in den Vergabeunterlagen zur Verfügung gestellt.

5.1.15. Techniken

Rahmenvereinbarung:

Keine Rahmenvereinbarung

Informationen über das dynamische Beschaffungssystem:

Kein dynamisches Beschaffungssystem

5.1.16. Weitere Informationen, Schlichtung und Nachprüfung

Überprüfungsstelle: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau

Informationen über die Überprüfungsfristen: Gemäß § 160 Absatz 3 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) ist ein Verstoß gegen Vergabevorschriften innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen nach Erkenntnis gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Verstöße gegen Vergabevorschriften, 1. die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. 2. die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, sind spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber zu rügen. Bei Zurückweisung einer Rüge beträgt die Frist für die Beantragung eines Nachprüfungsverfahrens vor der Vergabekammer 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen.

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt: Zentrale Vergabestelle ZUCK

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt: Zentrale Vergabestelle ZUCK

8. Organisationen

8.1. ORG-0001

Offizielle Bezeichnung: Ortsgemeinde Kliding

Registrierungsnummer: Leitweg-ID: 071355003000-001-37

Postanschrift: Schulstraße 2

Stadt: Kliding

Postleitzahl: 56825

Land, Gliederung (NUTS): Cochem-Zell (DEB1C)
Land: Deutschland
Kontaktperson: Zentrale Vergabestelle ZUCK, Marktplatz 1, 56766 Ulmen
E-Mail: vergabestelle@ikz-zuck.de
Telefon: +49 2676409307
Fax: +49 2676409501
Internetadresse: <http://www.ikz-zuck.de>

Rollen dieser Organisation:

Beschaffer

8.1. ORG-0002

Offizielle Bezeichnung: Zentrale Vergabestelle ZUCK
Registrierungsnummer: Leitweg-ID: 071355003000-001-37
Postanschrift: Marktplatz 1
Stadt: Ulmen
Postleitzahl: 56766
Land, Gliederung (NUTS): Cochem-Zell (DEB1C)
Land: Deutschland
Kontaktperson: ZVS-ZUCK, Marktplatz 1, 56766 Ulmen
E-Mail: vergabestelle@ikz-zuck.de
Telefon: +49 2676409307
Fax: +49 2676409501
Internetadresse: <http://www.ikz-zuck.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die zusätzliche Informationen über das Vergabeverfahren bereitstellt

8.1. ORG-0003

Offizielle Bezeichnung: Vergabekammer Rheinland-Pfalz beim Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau
Registrierungsnummer: t:06131162234
Postanschrift: Stiftsstraße 9
Stadt: Mainz
Postleitzahl: 55116
Land, Gliederung (NUTS): Mainz, Kreisfreie Stadt (DEB35)
Land: Deutschland
Kontaktperson: - Vergabekammer -
E-Mail: vergabekammer.rlp@mwwlw.rlp.de
Telefon: +49 6131162234
Fax: +49 6131162113
Internetadresse: <https://mwwlw.rlp.de/>

Rollen dieser Organisation:

Überprüfungsstelle

8.1. ORG-0004

Offizielle Bezeichnung: Zentrale Vergabestelle ZUCK
Registrierungsnummer: Leitweg-ID: 071355003000-001-37
Postanschrift: Marktplatz 1
Stadt: Ulmen
Postleitzahl: 56766
Land, Gliederung (NUTS): Cochem-Zell (DEB1C)
Land: Deutschland

Kontaktperson: ZVS ZUCK, Marktplatz 1, 56766 Ulmen

E-Mail: vergabestelle@ikz-zuck.de

Telefon: +49 2676409307

Fax: +49 2676409501

Internetadresse: <http://www.ikz-zuck.de>

Rollen dieser Organisation:

Organisation, die Teilnahmeanträge entgegennimmt

8.1. ORG-0005

Offizielle Bezeichnung: Datenservice Öffentlicher Einkauf (in Verantwortung des Beschaffungsamts des BMI)

Registrierungsnummer: 0204:994-DOEVD-83

Stadt: Bonn

Postleitzahl: 53119

Land, Gliederung (NUTS): Bonn, Kreisfreie Stadt (DEA22)

Land: Deutschland

E-Mail: noreply.esender_hub@bescha.bund.de

Telefon: +49228996100

Rollen dieser Organisation:

TED eSender

Informationen zur Bekanntmachung

Kennung/Fassung der Bekanntmachung: 9a0c356a-9f11-498b-a31c-f5badd8c7523 - 01

Formulartyp: Wettbewerb

Art der Bekanntmachung: Auftrags- oder Konzessionsbekanntmachung – Standardregelung

Unterart der Bekanntmachung: 16

Datum der Übermittlung der Bekanntmachung: 02/04/2026 19:09:24 (UTC+02:00)

Osteuropäische Zeit, Mitteleuropäische Sommerzeit

Sprachen, in denen diese Bekanntmachung offiziell verfügbar ist: Deutsch

Veröffentlichungsnummer der Bekanntmachung: 234003-2026

ABl. S – Nummer der Ausgabe: 67/2026

Datum der Veröffentlichung: 07/04/2026